

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilmstr. 17)
bei C. F. Mirci & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei S. Streifand,
in Leseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweihundachtzigster Jahrgang.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Paube & Co.,
Haasenfein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidentank“.

Nr. 886.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Donnerstag, 18. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

× Die Interpellation Wierzbinski.

Die Massen-Umtaufung polnischer Ortsnamen ist ein Thema, das selbst in allen nüchtern denkenden deutschen Kreisen von jeher wenig Sympathie gefunden hat. Der Deutsche hängt mit Vorliebe an den althergebrachten historischen Namen und Erinnerungen, und ihre Verwischung, ihre Ersetzung durch neufreirte Bezeichnungen vermag ihm wenig Geschmack abzugewinnen. Wollte man alle slawischen historischen Namen aus der deutschen Geschichte herauseliminieren, wie sehr müßte man da z. B. mit den hervorragenden Länder- und Städtenamen diesseits der Elbe tabula rasa machen! Der Name Brandenburg (das wendische Brennabor) und Pommern (Pomorze, gleich Küstenland) müßte aus der Geschichte gestrichen werden, die bekanntesten Städte wie Leipzig, Breslau, Stettin und Posen, deren Namen sämtlich slawischen Ursprungs sind, müßten neudeutsche Bezeichnungen erhalten.

Der Fortschritt des Deutschtums nach Osten hin beruht indes nicht auf solchen äußerlichen Mitteln, sondern auf der schöpferischen, wirtschaftlichen Kraft des deutschen Bürgerthums, welches den Slawen durchaus überlegen ist. Die Umwandlung der polnischen Ortsnamen nützt, wie wir dies wiederholt betont haben, in politischer Beziehung dem Deutschtum so gut wie gar nichts, sie schadet ihm vielmehr, indem sie lediglich der staatsfeindlichen Agitation Gelegenheit zur Erbitterung und Aufreizung der Massen giebt. Außer den Rücksichten aber auf die geschichtliche Ueberlieferung, machen auch schon die Schwierigkeiten und Verwirrungen in den Verkehrsverhältnissen, die sich aus der Umwandlung zahlreicher Ortsnamen ergeben, diese Maßnahmen zu äußerst prekären.

Bei einer solchen Lage der Dinge hätte die Beschwerde der Polen in der Montagsitzung des Abgeordnetenhauses immerhin auf eine günstige Beurtheilung seitens der Mehrheit der deutschen Abgeordneten rechnen können, wenn nicht die Vertretung jener Beschwerde gerade so wenig geschickten Händen anvertraut worden wäre, wie dies thatsächlich der Fall war. Der Abgeordnete v. Wierzbinski, der jene Interpellation eingebracht hatte, kam wohl ohne Zweifel als der maßloseste Redner der Fraktion gelten, und die Art und Weise, in der er auch dies Mal wieder auftrat, war ganz geeignet, die Mehrheit des Hauses gerade vor den Kopf zu stoßen. Während ein gemäßigter Politiker, wie beispielsweise der Abg. Magdzinski oder v. Lyskowski, sich rein auf sachliche Debatten beschränkt hätte, schoß Herr v. Wierzbinski, wie gewöhnlich, über das Ziel hinaus, indem er seine Ausführungen mit verlebenden Redensarten spickte und von der perfiden preußischen Erziehung deklamirte, was ihm hinterher eine Rüge des Präsidenten einbrachte. Herr v. Wierzbinski (der bekanntlich zweiter Redakteur des Dziennik Poznański ist) konnte auch diesmal nicht umhin, in den polternden und schmähenden Ton des posener Adelsorgans zu verfallen, ohne zu bedenken, daß eine derartige Redeweise vielleicht in den Spalten eines nur von seinen Parteigenossen gelesebenen Provinzblattes nicht weiter auffällt, vor dem Forum der Volksvertretung eines großen Staatswesens aber geradezu anstößig erscheint.

Unter solchen Umständen fand der Minister des Innern, der die Interpellation beantwortete, eine wesentlich erleichterte Aufgabe vor, indem er zunächst den Umstand geltend machte, daß die polnische Partei die Zugehörigkeit zu Preußen überhaupt als eine Ungerechtigkeit betrachte. Was die Umwandlung der Ortsnamen anbetrifft, so versicherte der Minister, daß die Bromberger Regierung durch Zirkularverfügung allen Behörden eingeschärft habe, sich jeder Einwirkung in Bezug auf die Umwandlung von Ortsnamen zu enthalten. Diese Maßregel können wir nur billigen, denn gar häufig ist der Anstoß zu solchen Ortsnamenveränderungen durch den Ueberreifer von unteren Verwaltungs-Beamten veranlaßt worden, die sich damit ein Denkmal, aere perennius zu setzen glaubten, während im Volksmunde doch, nach wie vor, sich nur der alte Ortsname erhält. Ferner versicherte der Minister, daß zu Namensänderungen bei Gütern die Zustimmung der Besitzer, bei Gemeinden die Zustimmung der Mehrzahl der Mitglieder nötig ist. Indes würden wir es auch grade in solchen Fällen für eine Aufgabe der Regierung halten, nur in ganz beschränktem Maße die Anträge zu berücksichtigen. Wenn ein Ortsname, wegen seiner schwierigen Aussprache, unter Beibehaltung der Stammwurzel abgeändert werden soll, wie etwa Trzemeszno in Trzemeschen, so wird schwerlich hiergegen etwas einzuwenden sein; etwas Anderes aber ist es, wenn plötzlich ein althistorischer Name durch eine ganz fernliegende, radikal andere Bezeichnung, wie „Dathal“ oder „Gertudenheim“ ersetzt werden soll: solche Anträge sollten, schon um der Nivelirung historischer Eigentümlichkeiten vorzubeugen, entschieden zurückgewiesen werden.

Nicht ohne einen eigenthümlichen humoristischen Beigeschmack war übrigens bei der Debatte die Klage des Abg. v. Wierzbinski, daß selbst sein Fraktionsgenosse Szuman ein Opfer der Namensumwandlung geworden sei. Freilich meinte damit der Herr Interpellant nicht den spezifischen Familien-

Namen seines Kollegen, sondern den Namen des Gutes Wladislawowo, welches schon seit dem vorigen Jahrhundert auch Altsütte heißt, also wohl schon zu einer Zeit diesen Namen führte, als die Vorfahren des Herrn Szuman sich noch als Deutsche „Schumann“ schrieben und an eine Polonisirung ihres Namens noch nicht zu denken war.

Barum wohl Herr von Wierzbinski bei seiner so emphatisch betonten Vorliebe für das Althergebrachte, nicht auch über diesen letzten Fall von Namensänderung vor dem hohen Hause Beschwerde geführt hat, besonders da die Angelegenheit ja so überaus nahe lag??

Die zweijährige Budgetperiode.

Der Bundesrath hat gestern über die zweijährige Budgetperiode für das Reich beraten. Die Entscheidung ist im Augenblick noch nicht bekannt. Doch wird man an der Annahme des Vorschlages nicht zweifeln können. Vom ausschließlichen Regierungsstandpunkte aus mag sich das begreifen lassen. Es liegt in der Natur der menschlichen Dinge, daß jede Regierung die parlamentarische Kontrolle wie ein nothwendiges Uebel empfindet. Wie sollte sie da einer Einengung dieses Uebels nicht bereitwillig zustimmen? Aber auch für den Bundesrath müßte es, dächten wir, noch einen anderen Standpunkt der Beurtheilung legislatorischer Maßnahmen geben; und von diesem aus will uns jene Entscheidung doch nicht so selbstverständlich erscheinen. Die Kunde von der Einbringung des in Rede stehenden Gesetzentwurfs hat im vorigen Sommer ein Aufsehen erregt, wie man es inmitten der damaligen allgemeinen Abspannung kaum hätte erwarten sollen. Monate lang ist der Gesetzentwurf der beherrschende Gegenstand der öffentlichen Diskussion gewesen und in dem weitaus überwiegenden Theile der Presse hat er eine scharfe Beurtheilung gefunden. Dann ist es eine Zeit lang still davon gewesen und man hätte nun, nachdem alle leidenschaftliche Erregung aus der Behandlung der Frage entfernt war, wohl hoffen können, daß die sachlichen Gründe, welche gegen den Plan geltend gemacht worden waren, vom Bundesrathe um so objektiver gewürdigt werden würden. Der einzige plausible Grund, welcher für die Einführung der zweijährigen Etatsperiode geltend gemacht wird, ist die Nothwendigkeit einer Beschränkung des auf die Dauer nicht zu ertragenden Uebermaßes der parlamentarischen Geschäfte in Deutschland. Diese Nothwendigkeit wird von keiner Seite geleugnet. Die Frage ist nur: einmal, ob gerade die oberste Volksvertretung im Reich der Punkt ist, an welchem die Beschränkung vorgenommen werden muß, und sodann, ob das in Vorschlag gebrachte Mittel den Zweck erreichen würde. Uns dünkt: handelt es sich um eine Vereinfachung der parlamentarischen Geschäfte, so läge es doch in der Natur der Sache, daß man damit bei den Einzelstaaten anfinde. Vom Reichstage wird ohnehin Niemand behaupten wollen, daß er seine Arbeiten über das schlechterdings nothwendige Maß hinausjage. Davor bewahrt ihn schon der Mangel an Diäten. Am allerwenigsten aber kann dem Reichstage eine über die Gebühr ausgehende und verschleppende Behandlung des Budgets nachgesagt werden. Durchschnittlich nicht mehr als neun Plenarsitzungen werden im Reichstage auf die Etatsberatung verwendet. Wie kann da also in dieser Beziehung gerade im Reiche von einem Uebelstande die Rede sein, der eine so tief eingreifende Verfassungsänderung rechtfertigen würde? Dazu kommt die Thatsache, daß in Baiern, Württemberg und andern Bundesstaaten, auf deren Beispiel man sich so gern beruft, trotz der mehrjährigen Etatsperiode auf die Budgetangelegenheiten an parlamentarischer Arbeit ebenso viel verwandt wird wie in Preußen und unvergleichlich viel mehr als im Reiche, sowie daß das Budget eines großen Staates kaum auf länger als ein Jahr sich im Voraus feststellen läßt. Außerdem stehen ja Mittel genug zu Gebote, die Debatten, welche durch die Reduktion der Etatsverhandlungen vermieden werden sollen, auf anderem Wege, durch Interpellationen, selbstständige Anträge u. s. w. herbeizuführen. Also nicht einmal die Erreichung des beabsichtigten Zweckes würde bei der Maßregel gesichert sein. Nur dann würde man zum Ziele gelangen, wenn man gleichzeitig mit der zweijährigen Budgetperiode die Einrichtung treffen wollte, daß der Reichstag nur alle zwei Jahre berufen würde. Die verfassungsmäßige Nothwendigkeit der alljährlichen Berufung des Reichstags wird bekanntlich in dem Gesetzentwurf aufgehoben und die Motive stellen es als sehr wohl möglich hin, daß in manchem Jahr die Einberufung der Reichsvertretung werde unterbleiben können. Eben deshalb aber wird auch der eifrigste Vertheidiger des Regierungsstandpunktes nicht mehr leugnen können, daß diese ganze Verfassungsänderung thatsächlich eine erhebliche Schwächung des Einflusses der Volksvertretung zur Folge haben muß. Jedenfalls wird der Reichstag die Angelegenheit nicht unter einem andern Gesichtspunkte auffassen können. Unsere Meinung ist wahrlich nicht, daß der Reichstag in unserem jungen nationalen Staatswesen in erster Linie auf parlamentarische Machterweiterung zu sinnen hätte; noch weniger aber wird

Jemand von ihm erwarten können, daß er das verfassungsmäßig bereits gesicherte Maß seines Einflusses preisgeben werde. Wir wissen nicht, ob die Vertreter der Regierung im Bundesrathe sich auch einmal auf diesen Standpunkt der Betrachtung gestellt haben. Haben sie es gethan, so würden wir ihre Entscheidung schwer begreiflich finden. Die letzte Reichstagsession wurde eröffnet mit jenem unglücklichen Angriff auf die parlamentarische Redefreiheit. Was nummehr der künftigen Session gleich zu Anfang bevorsteht, hat zwar nicht die beleidigende Form jenes Schrittes, ist aber in der Sache noch von größerer praktischer Tragweite. Und so wird Jeder, der die Hoffnung auf die Wiederherstellung des Zusammenwirkens der Reichsregierung mit einer Majorität der gemäßigten Parteien im Reichstage noch nicht ganz aufgegeben hat, die Vorlage dieses Verfassungsänderungsgesetzes nur bedauern können.

Deutschland.

+ Berlin, 16. Dezember. Wie sehr das Simultanschulwesen in den preussischen Traditionen begründet ist und wie namentlich König Friedrich Wilhelm III. persönlich darüber dachte, dafür mögen zwei historische Thatsachen angeführt werden: Im Jahre 1834 entstand zwischen den Militär- und den Unterrichts-Behörden eine Differenz wegen Einrichtung der Garnisonschule zu Wesel; die ersteren wollten dieselben als eine Simultanschule, die letzteren in Form zweier für sich bestehender Konfessionsschulen errichtet sehen. Es erfolgte darauf die allerhöchste Entscheidung vom 8. März 1835:

„Da in der Armeen nie getrennte Schulen bestanden haben, so bestimme Ich auf Ihren Bericht vom 24. v. M., daß auch die Garnisonschule zu Wesel als eine Simultanschule mit einem evangelischen und einem katholischen Lehrer, welche die Kinder in allen Lehrgegenständen in zwei aufeinander folgenden Klassen und nur in der Religion nach der Konfession gesondert zu unterrichten haben, eingerichtet werden soll.“

Noch bezeichnender ist die Thatsache, daß unter Friedrich Wilhelm III. sogar ein gemeinsamer Militärgottesdienst für Evangelische und Katholische bestand. Als am 3. September 1837 Freiherr v. Bunsen, damals preussischer Gesandter in Rom, bei einer Audienz in Charlottenburg dem Könige vortrug, daß nach der kanonischen Vorschrift die Katholiken eine Sünde begingen durch die Theilnahme an einem nicht katholischen Gottesdienste, erwiderte der König:

„Mein Gedanke ist dieser: Es ist Sitte in meinem Heere, daß vor oder nach einer Schlacht der Herr der Heerschaaren angerufen werde. Sollen die Katholiken rechts, die Evangelischen links treten, wenn wir wieder für das Vaterland zu streiten haben? Damit nun unsere katholischen Mitbürgern keinen Anstand nehmen, bei solcher Gelegenheit mit uns zu beten, habe Ich gedacht, es wäre zweckmäßiger, daß sie sich selbst vorher überzeugen, daß wir auch Christum als unsern Heiland anerkennen; denn ihre Pfaffen möchten sie glauben machen, daß wir an nichts glauben. Zu diesem Zwecke habe Ich eine ganz unanstößige Liturgie angeordnet und den Predigern befohlen, nicht über Streitpunkte und kurz zu predigen.“

(Weiter unten findet der Leser den Beginn eines ausführlichen Referats über die Rede, welche hier in Posen am Montag Abend Herr Rektor Gerike, über die Simultanschule im Fortschrittverein gehalten hat. D. Red.)

□ Berlin, 16. Dezember. (Von fortschrittlicher Seite eingesandt.) [Aus dem Abgeordnetenhause.] Im Abgeordnetenhause war heute eine recht angenehme Temperatur. Die Kommission zur Vorberathung des Feld- und Forstpolizeigesetzes hatte dem Abgeordnetenhause ihr Werk in einer so anziehenden Gestalt vorgelegt, daß es von allen Fraktionen mit Amendements überschüttet wurde und schließlich just derselben Kommission zur nochmaligen Prüfung und Berichterstattung zurückgegeben wurde. Ueber die Bedeutung dieses Beschlusses ist nicht der geringste Zweifel möglich; die Kommission wird höchstens noch die Frage erwägen, ob provinzielle Regelung der Gesetzesmaterie anzurathen sei (Antrag Hänel); keinesfalls wird die Tagesordnung dieser Session das ominöse Gesetz wieder erblicken. Die Majorität der Kommission war anfänglich verwundert über die bedenklliche Aufnahme ihrer Arbeit. Der schlesische „Großgrundbesitzer“ (so bezeichnet er sich im Parlam. Handbuch selbst) Dr. von Heydebrandt und der Lasa, trotz seiner Jugend (er ist das an Jahren jüngste Mitglied des Hauses, kaum 30 Jahr alt) zum Referenten ernannt, hatte gestern noch mit warmem Eifer über die schlechte Presse geklagt, die — natürlich ohne „Verständniß“ die Kommissionsbeschlüsse besprochen und unnützen Staub aufgewirbelt habe, — er hatte, nach der neuen Mode, über die Verwilderung der Massen geklagt und die durch die tendenziöse Presse in das Segenthel verkehrte Humanität der Kommission gerühmt. Gestern mußte er sofort erleben, daß sich nur Gegner des Gesetzes zum Wort meldeten, und auch heute war es nicht anders. Minister Lucius kämpfte vergebens für seine Vorlage. Der Eifer vieler Fortbesitzer und Großgrundbesitzer der Kommission war so weit gegangen, selbst das Schwimmen und Kahnfahren und — wie Schorlemer-Alst richtig hervorhob — mit dem „Befahren der Privatgewässer“ auch das Schlittschuhlaufen und

waren die städtischen Behörden nun nicht: sie unternahmen es, wenige Jahre später diese „beste“ aller möglichen Volksschulen noch zu verbessern, und ihr die heutige Gestalt zu geben.

Die konfessionslose Schule will in allen ihren Einrichtungen von der Konfession absehen; die Konfessionslosigkeit soll sich auch auf den Religionsunterricht erstrecken; sie will zwar der Religion in ihrem Lehrplan noch eine Stätte gönnen, aber nicht in der Form einer bestimmten Konfession, sondern nur soweit, als das religiöse Element durch einen über allen einzelnen Konfessionen und Religionen stehenden sogenannten allgemeinen Religionsunterricht (ein Unterricht in der Vernunftreligion und Sittenlehre) gepflegt wird, welcher natürlich für alle Kinder, Christen und Juden, obligatorisch sein soll.

Die religionslose Schule schließt in ihren Einrichtungen das religiöse Element gänzlich aus; sie ertheilt gar keinen Religionsunterricht, sondern überläßt es dem freien Ermessen der Eltern und der einzelnen Religions-Gesellschaften, für die religiöse Bildung der ihnen zugehörigen Kinder privatim zu sorgen; in dem gesammten Schulunterricht dürfen religiöse und konfessionelle Fragen niemals berührt werden.

Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß die Simultanschule ebenso wohl in Gegenlage steht zu der konfessionellen, wie zu der konfessionslosen Schule, und doch das Berechtigten in beiden Prinzipien sich aneignet.

Die Religion ist ein Allgemeingut aller Zeiten und Völker. Soweit unsere Kenntnis reicht, entbehren ihrer auch die rohesten Völker nicht, und die höchste Kultur-Entwicklung unserer Zeit hat sie nicht entbehren gemacht.

Die Religion ist ein Allgemeingut aller Zeiten und Völker. Soweit unsere Kenntnis reicht, entbehren ihrer auch die rohesten Völker nicht, und die höchste Kultur-Entwicklung unserer Zeit hat sie nicht entbehren gemacht.

allen Individuen, in allen Zonen in allen Religionen; es ist ein und derselbe Ton der Anbetung und des Aufschwüms der Seele überall, in allen Zungen und Völkern.

(Fortsetzung folgt.)

Landwirthschaftliches.

t. Schwereuz, 16. Dezember. [Landwirthschaftlicher Rufftal-Verein.] Unter Vorwort des Herrn Hoffmeyer-Schwereuz hat sich heute hierorts ein landwirthschaftlicher Verein unter dem Namen „Landwirthschaftlicher Rufftal-Verein zu Schwereuz“ konstituiert.

Proskau, 13. Dezember. [Milchwirthschaftliches Institut, Molkereikurse.] Wie in dem eben verfloßenen Jahre wird das Milchwirthschaftliche Institut auch im folgenden durch Molkereikurse auf die Verbesserung der Milchwirthschaft in weiteren Kreisen hinarbeiten suchen und zu diesem Zwecke drei solcher Kurse veranstalten, einen für Besizer und Beamte (22. bis 30. Januar inkl.), einen zweiten für männliches Molkereipersonal ohne besondere Vorbildung (12. bis 20. Februar) und endlich einen dritten für Personen weiblichen Geschlechts (23. Februar bis 3. März).

Staats- und Volkswirthschaft.

** Die Verhandlungen in Bezug auf die Stammvorräthe der Dels-Großener Eisenbahn sind in der von uns angedeuteten Weise zum Abschluß gebracht.

Am 1. Januar 1880 tritt an Stelle des Preussisch-Schlesisch-Oesterreich-Ungarischen, des Schlesisch-Oberungarischen, des Preussisch-Oesterreichischen und Preussisch-Ungarischen Verband-Tarifs der Ostdeutsch-Oesterreichische und Ostdeutsch-Ungarische Verband-Tarif in Kraft.

Bekanntmachung. Zu Folge höherer Verfügung soll das hiesige Landwehr-Feuerhaus, dessen Tagwerth mit 73,423 M. festgestellt ist, öffentlich meistbietend verkauft werden.

Bekanntmachung. In unser Firmenregister ist zufolge Verfügung vom 14. Dezember 1879 bei der unter Nr. 96 eingetragenen Firma Folgendes eingetragen: Die Firma N. Sch. Samelson in Pafsch ist erloschen.

Auktion. Freitag, den 19. d. M., Vormittags 11 Uhr, werde ich im gerichtlichen Auktionslokale, Wilhelmstraße Nr. 32, einen Pelz, zwei goldene Damenuhren, zwei Mahagoni-Nachtische, verschiedene Kleidungsstücke u. Delgemälde, Eisenzeug u. Blei gegen gleich baare Bezahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Besteher besteht aus 4 Seiten: a) Theil I, enthaltend allgemeine Bestimmungen und Güter-Klassifikation, b) Tarifbest für den Ostdeutsch-Oesterreichischen Verkehr, c) Klassentarif für den Ostdeutsch-Oesterreichischen Verkehr, und enthält direkte Tarifätze zwischen Oesterreich-Ungarischen Stationen einer- und Stationen der Oberschlesischen, Königlich Preussischen Ostbahn, Niederschlesisch-Märkischen, Breslau-Schweidnitz-Freiburger, Berlin-Görlitzer, Cottbus-Großenhainer Bahn und Görlitz-S. St. B. andererseits.

auf Dienstag, d. 20. Januar 1880, Vormittags 10 Uhr, im Rathhause hier selbst anberaumt worden, zu welchem Kaufstuge mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Verkaufsbedingungen in unserem Bureau während der Dienststunden, sowie bei dem Gar-nison-Bauinspektor Bobrif in Kolberg, welcher auch sonstige nähere Auskunft auf Verlangen ertheilen wird, eingesehen werden können.

Montag, den 22. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, werde ich in meinem Bureau, Markt 65, 2 Tr., Meyer's Konversations-Lexikon, Brehm's Thierleben, eine silberne Ancre-Uhr, ein Paar goldene Ohr-ringe, einen Mantel und andere Sachen gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Sieber, Gerichtsvollzieher. Mä n n l i c h e S c h w ä c h e - Zuftände, namentlich durch die zerrüttenden Folgen geheimer Jugendünden, Ausschweifungen zc. hervorgerufen, sicher und dauernd zu beseitigen, zeigt allein das bereits in 77 Auflagen erschienene Buch: Dr. Retan's Selbstbewahrung. Mit 27 Abbild. Preis 3 Mk. Zu beziehen ist dasselbe durch G. Pönike's Schulbuch-handlung in Leipzig sowie durch jede Buchhandlung. In Posen vorrätig in der Buchhandlung von J. Jolowicz.

Große Auswahl von Silberbüchern, Märchen, Schattens-Theater für Kinder, Holzdruckbildern, sowie auch ein reichhaltiges Schreibmaterialienlager empfiehlt billigst zu Weihnachten die Neue Buchhandlung, Jesuitenstraße 12.

Die magistratualische Garnison-Verwaltung, Zingler. Alle Sorten Wandsäden empfiehlt billigst D. Lebenholm, Breitestraße Nr. 18a.

Lametta, schönster Christbaumzuck, zehn Pak 1 Mt., Baumverzierungen in den verschiedensten Mustern bei C. W. Kohlschütter.

Ein frequentes Materialwaaren-Geschäft ist unter vortheilhaftesten Bedingungen sofort zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes. Eine Dampffärberei und chemische Waschanstalt ist umzugs-halber unter günstigen Bedingungen und mit wenig Anzahlung zu verkaufen. Näheres sub F. C. durch Daube & Co. in Posen. Ein Pferd nebst Ziegelwagen, gut im Stande, ist billig zu verkaufen bei C. Krause, Fabianowo, Ziegelei.

Weitere gezogene Serien: 55, 575, 799, 1130, 1362, 2182, 2656, 2944, 3384, 3398, 3638, 3976, 4148, 4296, 4551, 4604, 4691, 5385, 5775, 5874.

Der Bankrott Egyptens. Der Bericht, welchen die Herren Baring und de Bignieres dem Khedive erstattet haben, ist soeben veröffentlicht worden. Die Generalkontrolleure haben darin zunächst hervorgehoben, daß da Egypten hauptsächlich bankrott und das egyptische Bankrottgesez nur auf Privatpersonen und nicht auf den Staat selber anwendbar sei, es nothwendig wäre, ein Sonder-gesez zu erlassen: aber dieses Gesez werde von den europäischen Mächten als gültig anerkannt werden müssen, ehe es als solches von den internationalen Tribunalen Egyptens akzeptirt werden könne.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Für den Weihnachtstisch. Deutsche Jugend. Herausgegeben von Julius Lohmeyer, unter künstlerischer Leitung von Oscar Pletsch, Verlag von Alphonso Dürr, Leipzig.

Alle Kenner der Jugendliteratur sind darüber einig, daß keine Nation ein illustriertes Jugendwerk von ähnlicher Schönheit und Gediegenheit besitzt, wie wir in der „Deutschen Jugend“.

Der soeben im Erscheinen begriffene 15. Band wird von einer bedeutenden Manifestation sehr namhafter Schulmänner begleitet, unter denen wir die Namen: Fr. Dittes, R. V. Stoy, C. Rehr, L. Kellner, A. Verthelt, W. Osterwald, Geinr. Viehoff, Theod. Krenzig, Richard Lange, Werner Gahn, Bach, A. W. Grube, R. Friedländer und viele Andere verzeichnet finden. Diese hervorragenden Pädagogen empfehlen das ausgezeichnete Jugendwerk, das auch bekanntlich von dem preussischen Unterrichtsministerium als Muster der Jugendliteratur bezeichnet wird, den Eltern und der gesammten Lehrermelt auf das Nachdrücklichste.

Die bekannte Verlagsbuchhandlung A. Hartleben in Wien hat sich durch gediegenen Inhalt, schöne Ausstattung und wohlfeilen Preis besonders zu Festgeschenken empfohlen, veranlaßt, auf welches wir unsere geehrten Leser hierdurch freundlichst aufmerksam machen.

Verantwortlicher Redakteur: v. Bauer in Posen. Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen: und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Kölnener Dombau-Loose.

Ziehung am 15. Januar 1880. Hauptgewinn Mk. 75,000, 30,000, 15,000, 6000 zc. sind à Mark 4 in der Exped. der Posener Zeitung zu haben.

Kaiserlampen,

bestes Fabrikat, billigst bei E. Klug. Posen, Breslauerstraße 38. Eine Partie nicht mehr ganz moderner Lampen empfiehlt weit unterm Kostenpreise.

Prima russ. Caviar

per 1/2 Kilo Mk. 2.50, bis Mk. 3. — Ia. Sib. Caviar } excl. Gebinde 1/2 Kilo Mk. 1.60

Frisch geräuch. Lachs in 1/2 und 1/4 Stücken, p. No. M. 3.60. Frische Äpfel, per 100 Stück Mk. 8. —, ein gros bill. Fastagen zum Selbstkostenpreis. Versende sollfrei gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages.

Preis-Courant gratis. G. Brunk, Caviar-Export-Gesellschaft, Hamburg, Breitestraße 39.

Rüsse! Neue helle franz. süße Wallnüsse, beste neue Lamberts-Rüsse u. Para-Rüsse, bestes Badobst, eben so neue Citronen, hochrothe Apfelsinen, ff. echten Schweizerkäse u. hochfeinen Süß-Sahnfäse, Weihnachts-Lichtel, süße tiroler Äpfel, feinsten Astrachan, Perl-Caviar, Kieler Sprotten zc. empf. billig u. gut. Kletschhoff.

Als Schutz u. Heilmittel gegen Kinderpest und die hau-pt-sächlichsten Krankheiten sämmtlicher Hausthiere bewährt sich stets auf's Neue das Gesundheits-Plantzenmehl der Gebrüder Wittig, Ludwigsburg. Preis pr. Büchse mit Gebrauchsanweisung und Zeugnißen (ca. 300 Gr. schwer) 3 Mark. General-Depot für ganz Norddeutschland bei Wadohn & Flothow, Berlin, Elisabeth-Ufer 30.

Ein Pferd nebst Ziegelwagen, gut im Stande, ist billig zu verkaufen bei C. Krause, Fabianowo, Ziegelei.

Ein Pferd nebst Ziegelwagen, gut im Stande, ist billig zu verkaufen bei C. Krause, Fabianowo, Ziegelei.

Ein Pferd nebst Ziegelwagen, gut im Stande, ist billig zu verkaufen bei C. Krause, Fabianowo, Ziegelei.

Weizenmehl 00, sowie frische Stettiner Pfundbienen als auch sämmtliche Colonialwaaren und ausländische Weine empfiehlt zu bevorzulehendem Feste billig Fr. Miskiewicz, St. Martin 58.

Drogenhandlung St. Martin 14.

L. Eckart. Weihnachts-Ausstellung.

Dem geehrten Publikum zur Nachricht, daß alle Gattungen Fische zu billigen Preisen verkaufe: Karpfen 1-6 Pfund zu 60-90 Pf., auch verpflichte ich mich Fische auswärts zu übersenden. R. Dembinski, Wallischei Nr. 43.

